

A16 Gegen das EU-Türkei-Abkommen! Für eine menschliche Politik!

Antragsteller*in: Daniel Böttcher (KV Werra-Meißner)
 Tagesordnungspunkt: TOP 14 Anträge
 Status: Modifiziert

- 1 Seit einigen Tagen ist es in den Medien wieder lauter um die Situation der
 2 Menschen vor den Toren der EU geworden:
- 3 „Lauter“ deshalb, weil die türkische Regierung im Widerspruch zum EU-Türkei-
 4 Abkommen ihre Grenzen für geflohene Menschen geöffnet hat.
- 5 „Vor den Toren der EU“ deshalb, weil die Festungsmetapher leider immer noch
 6 zutrifft.
- 7 Circa 15.000 Menschen bangen nun im Niemandsland zwischen Griechenland und der
 8 Türkei um Hilfe. Natürlich ist es nicht nur so, dass sie friedlich warten
 9 würden: Wo Verzweiflung und Wut ist, da ist auch immer Gewalt - aber eine
 10 Gewalt, die durch die türkische Regierung provoziert wird, indem sie sie als
 11 Druckmittel gegenüber der EU instrumentalisiert. Die Antwort darauf ist
 12 Repression in Form von Tränengas und körperlicher Gewalt durch den griechischen
 13 Staatsapparat.
- 14 Nach mehr als 4 Jahren Zeit hat die EU es nicht geschafft eine hinreichende
 15 Lösung für die Geflohenen und immer noch fliehenden Menschen aus den
 16 unterschiedlichen Teilen der Welt zu finden. Dabei wolle man doch
 17 „Fluchtursachen bekämpfen“.
- 18 Anstatt dies in den Blick zu rücken, sprechen die Medien von „Flüchtlingskrise“,
 19 davon, dass wir „die EU-Grenzen schützen“ oder, dass „Griechenland geholfen
 20 werden müsse“.
- 21 Wir als Grüne Jugend Hessen stellen uns deshalb entschieden gegen die
 22 menschenmissachtende Politik der EU!
- 23 Deshalb reden wir nicht von „Flüchtlingskrisen“ oder „Flüchtlingswellen“,
 24 sondern von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen!
- 25 Deshalb reden wir nicht vom „Schutz der EU-Grenzen“, sondern vom Schutz der
 26 Geflohenen!
- 27 Deshalb reden wir nicht von der „Hilfe für Griechenland“, sondern von der Hilfe
 28 für Menschen!
- 29 Weil wir unsere Politik auf einem humanistischen Weltbild aufbauen – und das im
 30 Gegensatz zur EU auch durchsetzen wollen – fordern wir deshalb:
- 31 1. die Aufkündigung des EU-Türkei-Abkommens. Die Zusammenarbeit mit
 32 autokratischen Regimen ist keine Zusammenarbeit, sondern eine
 33 Interessensgemeinschaft. Das Interesse der EU, über ihre jahrzehntelang
 34 verfehlte Politik hinwegzutäuschen, ist dabei genauso unwichtig wie das
 35 der Türkei, mittels der Zurückhaltung von Menschen in eine Machtposition
 36 zu gelangen. Unser Interesse gilt den Geflohenen! Wir fordern deshalb
 37 einen Paradigmenwechsel!

- 38 2. die Aufgabe, eine Lösung für die vielen geflohenen Menschen zu finden, als
39 Aufgabe höchster Priorität zu setzen. Dies beinhaltet insbesondere die
40 Frage nach einer Verteilung der Geflohenen innerhalb der EU.
- 41 3. bei weiterem Ausbleiben einer „gerechten“ Verteilungslösung innerhalb der
42 gesamten EU, insbesondere die deutsche Bundesregierung als auch die
43 Bundesländer dazu auf, Alternativkonzepte zu erarbeiten, die im Sinne
44 einer gemeinsamen, länderübergreifenden Lösung stehen.
- 45 4. statt einer symptomatischen Verhinderung von Fluchtursachen á la
46 Schlepperbekämpfung und Co. die Flucht der Menschen in den Kontext eines
47 neoliberalen und auf maximalen Profit gerichteten Wirtschaftssystems zu
48 setzen, das systematisch Fluchtursachen reproduziert.
- 49 5. Flucht deutlich stärker im Kontext des Klimawandels zu sehen, da dieser,
50 laut Schätzungen der UN, in den nächsten Jahren die häufigsten
51 Fluchtursachen produzieren wird.